



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Umweltschutz- und Energiekommission
vom: 25. April 2014
zur Vorlage Nr.: [2014-091](#)
Titel: **Postulat [2012/126](#), Konzessionsverlängerung Kraftwerk Birsfelden**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2014/091

Kanton Basel-Landschaft

Landrat

Bericht der Umweltschutz- und Energiekommission an den Landrat

betreffend Postulat [2012/126](#), Konzessionsverlängerung Kraftwerk Birsfelden

vom 25. April 2014

1. Ausgangslage

Am 29. November 2012 [überwies](#) der Landrat den ursprünglich als Motion eingereichten Vorstoss, der schliesslich dazu führen soll, möglichst rasch die Rheinsohle unterhalb des Kraftwerks Birsfelden auszutiefen, um damit vor dem Hintergrund der 2011 eingeleiteten Energiewende durch Nutzung von erneuerbaren Energien – in diesem Fall Fliessgewässer – dessen Leistung zu steigern. Der erste Schritt, der mit diesem Postulat eingeleitet werden soll, ist eine Verlängerung der Konzession, die 2034 ausläuft, da nur damit die nötigen Planungs- und Finanzierungsgrundlagen geschaffen werden können.

In seiner Antwort verweist der Regierungsrat zunächst auf seine Unterstützung der vom Bundesrat eingeleiteten Energiewende, welche als ambitionös beurteilt wird und bei welcher die Wasserkraft eine wichtige Rolle spiele. In einer Austiefung beim Kraftwerk Birsfelden erkennt er das grösste, noch ungenutzte Wasserkraftpotenzial, und als Miteigentümer am Werk hat der Kanton ein gewisses Interesse an einer solchen. Ein solches Projekt kostet ca. CHF 35 Mio., weshalb die Geschäftsleitung der Kraftwerke Birsfelden AG (KWB) von deren Verwaltungsrat beauftragt wurde, verschiedene Szenarien und Varianten zu prüfen. Aufgrund der heutigen gesetzlichen Rahmenbedingungen kann eine neue Konzession noch in der Laufzeit einer vorhergehenden erteilt und später in Kraft gesetzt werden. So könnte die alte Konzession noch weiter genutzt werden, während mit der Vereinbarung einer neuen Konzession für den Konzessionär die nötige Planungssicherheit entstünde. Darum solle nach Ansicht des Regierungsrats das Gesuch für die Erneuerung der Konzession eingeleitet werden unter gleichzeitiger, fortgesetzter Nutzung des alten Regimes.

Auf der Basis dieser Untersuchungen solle das Postulat 2012/126 abgeschrieben werden. Für Details wird auf [die Vorlage selbst](#) verwiesen.

2. Beratung durch die UEK

Die UEK behandelte diese Vorlage nach deren Überweisung durch das Büro des Landrats am 27. März 2014 an ihrer Sitzung vom 7. April 2014. Unterstützt wurde sie in ihren Beratungen durch Regierungsrätin Sabine Pegoraro, Vorsteherin der Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD), Michael Köhn, Generalsekretär der BUD, und Alberto Isenburg, innerhalb der BUD Leiter des Amtes für Umweltschutz und Energie (AUE).

In der einleitenden Präsentation wurden zunächst noch einmal die Erklärungen [der Vorlage](#) zusammengefasst. Im Unterschied zur Vorlage wurde allerdings der Beginn der Rheinaustiefung erst auf den Beginn der neuen Konzession angesetzt. Ausserdem solle wegen Fragen der Planungssicherheit und Wirtschaftlichkeit eine neue Konzession mit einer Dauer über 80 Jahre und nicht eine Konzessionsverlängerung angestrebt werden.

2.1 Variantenprüfung der KWB und weiteres Vorgehen

Laut Angaben der Verwaltung ist ein neues Konzept in Erarbeitung und soll demnächst im Verwaltungsrat beraten werden. Ein Interesse an erneuerbaren Energien bestehe auch auf deutscher Seite, die in diese Planungen und Bewilligungsverfahren miteinbezogen werden müsse.

Ist das weitere Vorgehen auf der Basis des Konzepts von der KWB beschlossen, müsse die Konzession

beantragt werden, welche u.a. auch durch den Bund zu genehmigen sei. Bis 2019 müsse der Antrag erfolgen, um die übrigen Termine bis zum Beginn der neuen Konzession 2034 einhalten zu können.

://: Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

3. Antrag an den Landrat

://: Die UEK empfiehlt dem Landrat mit 13:0 Stimmen, der Abschreibung des Postulats [2012/126](#) zuzustimmen.

Pratteln, 25. April 2014

Im Namen der Umweltschutz- und Energiekommission
Der Präsident: Philipp Schoch